

## »» Quasi-Stagnation im Jahr 2023

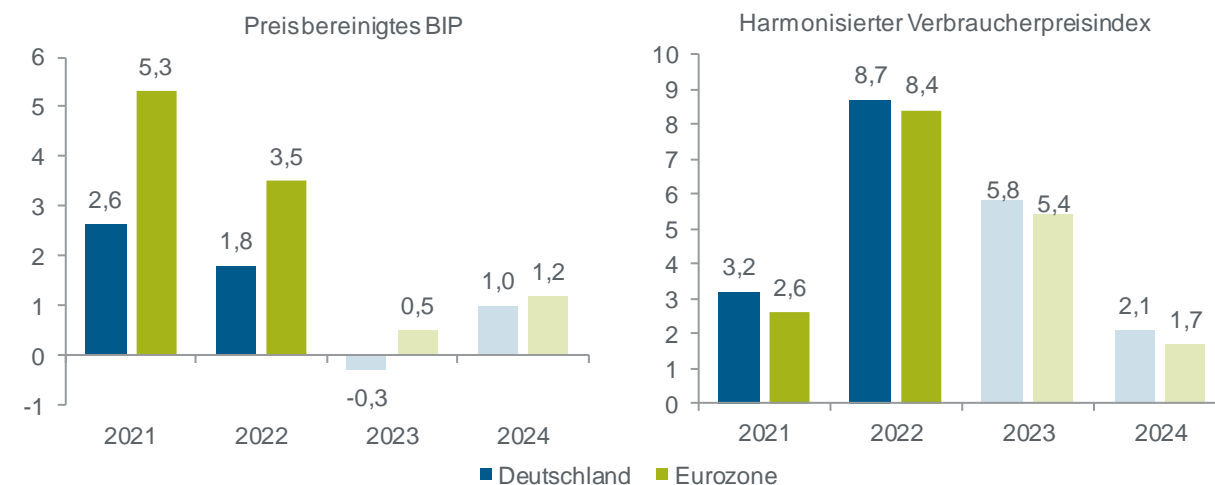
24. Februar 2023

Autoren: Dr. Klaus Borger, 069 7431-2455, [klaus.borger@kfw.de](mailto:klaus.borger@kfw.de)  
Dr. Jens Herold Esteves, 069 7431-9385, [jens.herold\\_esteves@kfw.de](mailto:jens.herold_esteves@kfw.de)  
Dr. Philipp Scheuermeyer, 069 7431-4017, [philipp.scheuermeyer@kfw.de](mailto:philipp.scheuermeyer@kfw.de)  
Stephanie Schoenwald, 069 7431-6446, [stephanie.schoenwald@kfw.de](mailto:stephanie.schoenwald@kfw.de)  
Pressekontakt: Christine Volk, 069 7431-3867, [christine.volk@kfw.de](mailto:christine.volk@kfw.de)

- Inflationsschock, kriegsbedingte Unsicherheit, Zinsanstieg und schwache Weltwirtschaft würgen das Wirtschaftswachstum vorübergehend ab. Deutschland rutscht im Winterhalbjahr 2022/2023 voraussichtlich in eine moderate technische Rezession.
- Für das Gesamtjahr 2023 erwartet KfW Research, dass die deutsche Wirtschaft um 0,3 % schrumpft (Vorprognose: -1,0 %). Angesichts des negativen Kalendereffekts bedeutet dies quasi Stagnation. Im Jahr 2024 dürfte das BIP um 1,0 % wachsen (Erstprognose).
- Der vom Energiepreisschock ausgelöste Inflationsschub erfasst immer mehr Güter und treibt den Lohnanstieg. Die deutsche Inflationsrate wird 2023 mit 5,8 % hoch bleiben und sich im Jahresdurchschnitt 2024 auf 2,1 % abschwächen.
- Ökologisches Preisschild für das BIP: Bei dem vorhergesagten Konjunkturverlauf wird der deutsche Ausstoß von Treibhausgasen voraussichtlich sinken, jedoch um rund 6 % (2023) beziehungsweise 7 % (2024) weniger als politisch angestrebt.
- Die Eurozone bringt mehr Schwung aus dem Vorjahr mit. Ihr BIP wird 2023 um 0,5 % und 2024 um 1,2 % wachsen. Die Inflation wird dort bei 5,4 % und 1,7 % liegen. Abhängig vom Verlauf des Krieges in Europa können deutliche Prognoserevisionen nötig werden.

### Grafik 1: Wirtschaftswachstum und Inflation

Prozent gegenüber Vorjahr



Quelle: KfW Research, Destatis, Eurostat

## BIP-Rückgang zum Jahresende 2022

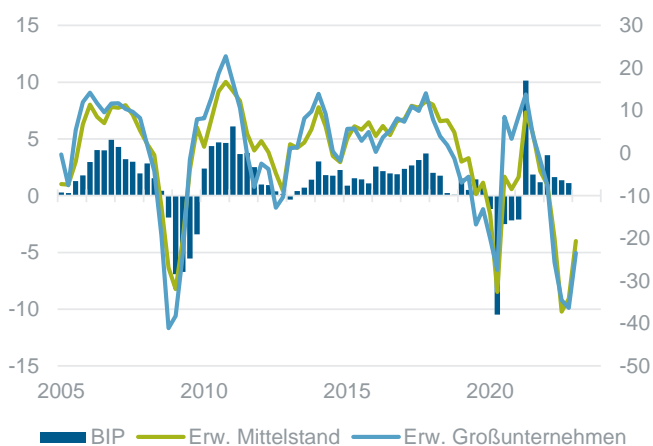
Nachdem die deutsche Wirtschaft trotz Lieferkettenproblemen, Russland-Ukraine-Krieg, angespannter Energiemärkte, Inflationsschock und Zinsanstieg in den ersten drei Quartalen von 2022 noch teils deutliche Zuwächse erzielen konnte, würgten die zahlreichen Belastungsfaktoren die Aufwärtsbewegung im vierten Quartal schließlich ab: Das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte im Vorquartalsvergleich um 0,4 %. Der private Konsum, der die Konjunktur zuvor maßgeblich gestützt hatte, gab deutlich nach (-1,0 %). Die beiden wesentlichen Sonderfaktoren, die dem Konsum im abgelaufenen Jahr einen vorübergehenden Wachstumssprint beschert hatten, dürften inzwischen weitgehend abgearbeitet sein: Erstens, die Nachholeffekte beim lange wegen der Corona-Pandemie eingeschränkten Dienstleistungskonsum sowie, zweitens, das Abarbeiten aufgestauter Auftragsbestände in der Autoindustrie, wo sich die Materialengpässe von hohem Niveau kommend inzwischen erkennbar entspannt haben. Kraftfahrzeuge stehen für 36 % der von den privaten Haushalten konsumierten langlebigen Güter beziehungsweise 4,2 % der Konsumausgaben insgesamt.

## Belastungen bleiben hoch, lassen aber nach

Die konjunkturellen Belastungen für Konsum, Investitionen und Außenhandel bleiben vorerst hoch, aber unter dem Strich lassen sie nach, wie die Geschäftserwartungen im KfW-ifo-Mittelstandsbarometer beispielhaft belegen. Nachdem diese im vergangenen Herbst in beiden Unternehmensgrößenklassen auf tiefstes Rezessionsniveau gefallen waren, keimt nun das zarte Pflänzchen des Optimismus allmählich wieder auf (siehe Grafik 2).<sup>1</sup> Zumindest die Befürchtung eines tiefen wirtschaftlichen Einbruchs wie in der Finanzkrise 2009 oder bei Ausbruch der Corona-Pandemie im Jahr 2020 hat sich inzwischen also zerstreut, wohl auch weil die Gefahr einer Erdgasmangellage für diesen Winter gebannt ist. So sind an den Märkten für Erdgas, Erdöl und Strom inzwischen deutliche Preisrückgänge gegenüber den vorherigen Hochs im Sommer 2022 zu beobachten. Beim Erdgas-Future (ein Monat Forward) lag der Preis Mitte Februar noch bei 52 EUR/MWh gegenüber 308 EUR/MWh am 26. August vergangenen Jahres. Zudem dämpfen die Preisbremsen für Gas, Fernwärme und Strom die Belastungen für die privaten Haushalte.

## Grafik 2: KfW-ifo-Geschäftserwartungen und BIP-Wachstum

BIP: Prozent gegenüber Vorjahresquartal, preisbereinigt (linke Skala)  
Erwartungen Mittelstand / Großunternehmen: Saldenpunkte (rechte Skala)



Quelle: Destatis, KfW Research

## Privater Konsum vorerst im Rückwärtsgang

Gleichwohl müssen sich die Haushalte – genauso wie die Unternehmen – im Vergleich zu den Jahren zuvor auf dauerhaft spürbar höhere Energiekosten einstellen und auch, da der Energiekostendruck entlang der Wertschöpfungskette auf andere Konsumgüter wie insbesondere Lebensmittel weitergewälzt wird, insgesamt mit deutlich höheren Lebenshaltungskosten zurechtkommen. Aufgrund der hohen Inflation sind die Reallohne 2022 trotz kräftig gestiegener Nominallohne bereits das dritte Jahr in Folge gesunken (-4,1 % gegenüber 2021), nachdem im Jahr 2020 noch die zur Überbrückung der Corona-Lockdowns vermehrt genutzte Kurzarbeit die Löhne nominal und real nach unten gedrückt hatte.<sup>2</sup> Trotz absehbar nachlassendem Inflationsdruck (siehe Abschnitt unten „Höhepunkt bei der Inflationsrate überschritten“), stabiler Arbeitsmarktentwicklung – unter anderem weil die Unternehmen knappe Fachkräfte möglichst halten wollen – und höheren Nominallohnen wird die Geldentwertung vorerst ein Belastungsfaktor bleiben und 2023 in realer Rechnung zu rückläufigen privaten Konsumausgaben führen. Erst 2024 ist bei dann wohl wieder positiver Reallohnentwicklung mit einer Erholung des privaten Konsums zu rechnen.

## Bruttoanlageinvestitionen: Wohnbau leidet besonders

Die kriegsbedingte Unsicherheit, der inflationsbedingte Kaufkraftverlust, die höheren Zinsen und die erhebliche Verschärfung der Finanzierungsbedingungen werden die private Investitionstätigkeit belasten. Der besonders zinsensible private Wohnbau steht 2023 wohl vor dem größten realen Einbruch seit rund zwei Jahrzehnten und dürfte sich erst 2024 stabilisieren. Dagegen dürften die Unternehmensinvestitionen auch dank stützender Impulse aus Energiewendeprojekten grundsätzlich auf Wachstumskurs bleiben, allerdings ohne die in der Corona-Krise aufgerissene Lücke in Relation zur Wirtschaftsleistung bereits im laufenden Jahr 2023 zu schließen. Bei den Investitionen des Staates ist im Prognosezeitraum hingegen mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen, auch weil die Mittel aus dem neuen Sondervermögen Bundeswehr den staatlichen Ausrüstungsinvestitionen Auftrieb geben werden.<sup>3</sup>

## Schwache Weltwirtschaft schmälert Exportaussichten

Das globale Konjunkturmilieu hat sich gegenüber 2022 deutlich eingetrübt, was die Nachfrage nach deutschen Exportgütern schmälert. Wir erwarten für 2023 ein Weltwirtschaftswachstum von nur 2,5 % und damit die Untergrenze der gängigen Schwellenwerte, ab denen üblicherweise von einer globalen Rezession gesprochen wird (2,5 bis 3 %). Inflationsraten in seit Jahrzehnten ungekannter Höhe zehren auch weltweit an der Kaufkraft und die global bedeutenden Zentralbanken verfolgen einen rapiden geldpolitischen Straffungskurs, der die Nachfrage bremst. Darüber schwebt die Gefahr einer geökonomischen Fragmentierung, bei der die Exportnation Deutschland dem Spannungsfeld der Großmächte USA und China ausgesetzt ist.

## Technische Rezession im Winterhalbjahr 2022/2023

Alles in allem rechnen wir für das erste Quartal 2023 mit einer Schrumpfungsrage in einer ähnlichen Größenordnung wie im Schlussquartal 2022 und damit für das Winterhalbjahr 2022/2023 insgesamt mit einer moderaten technischen Rezession.<sup>4</sup> Für den schwachen Jahresbeginn sprechen die kräftigen Vormonatsrückgänge wichtiger Aktivitätsindikatoren wie der Industrieproduktion (-2,1 %), der Bauproduktion (-8,0 %) sowie

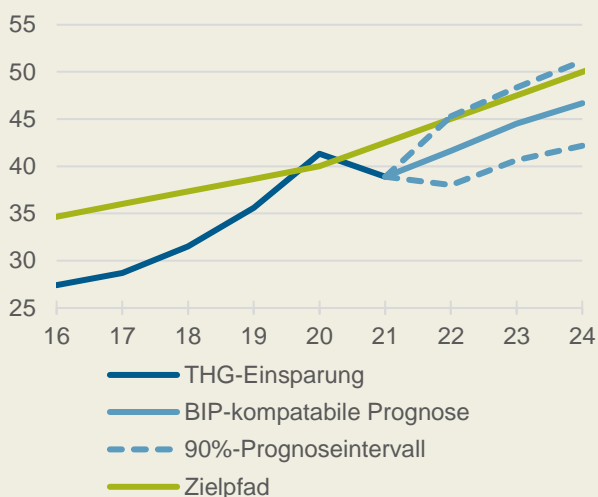
des Einzelhandelsumsatzes (-5,3 %) im Dezember, weswegen die deutsche Wirtschaft von einem niedrigen Niveau ausgehend in das erste Quartal des neuen Jahres startet und die Dezemberrückgänge zunächst aufholen muss, bevor sie per Saldo wieder wächst. Auch mit Blick auf das zweite Quartal ist noch mit einer sehr verhaltenen Wirtschaftsentwicklung zu rechnen, wie etwa die trotz deutlicher Aufhellung noch immer überwiegend pessimistischen Geschäftserwartungen der Unternehmen andeuten. Erst ab dem kommenden Sommer dürfte die Wirtschaft auf einen – zunächst wohl eher flachen – Wachstumspfad zurückfinden. Bis dahin dürfte die Anpassung der Industrieproduktion an die höheren Energiepreise spürbar fortgeschritten sein und merklich höhere Nominallöhne werden zusammen mit niedrigeren Inflationsraten die Realeinkommensverluste der privaten Haushalte abfedern. Bei dem dann erneut und diesmal ohne russisches Pipelinegas anstehenden Auffüllen der Erdgasspeicher für den Winter 2023/2024 könnten allerdings einige neue Herausforderungen entstehen, was ebenfalls für eine zunächst eher schwache Konjunkturerholung in der zweiten Jahreshälfte spricht.

**Box: Ökologisches Preisschild für das BIP**

Das Wirtschaftswachstum hat vielfältige soziale und ökologische Folgen, die in gängigen Konjunkturprognosen zumeist ausgeblendet werden; es ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für nachhaltigen Wohlstand. Deshalb ist es an der Zeit, die Folgen des Wirtschaftens umfassender und rigoroser als bisher in den Blick zu nehmen, insbesondere was Umwelt- und Klimaeffekte anbelangt. Hierfür haben wir einen einfachen Ansatz entwickelt, um den zu erwartenden Ausstoß von Treibhausgasen (THG) systematisch in unsere Konjunkturprognose für Deutschland zu integrieren.<sup>5</sup>

**Grafik 3: THG-Ausstoß in Deutschland**

Einsparung gegenüber 1990 in Prozent



Quelle: Destatis, Eurostat, KfW Research

Ausgangspunkt ist eine Identitätsgleichung, wonach der Ausstoß von THG insgesamt das Produkt von BIP und dem Ausstoß von THG je Einheit BIP ist, also der THG-Intensität. Das BIP entnehmen wir unserer Konjunkturprognose, die voraussichtliche Entwicklung der THG-Intensität schätzen wir über eine lineare Trendextrapolation ab. Ausführlich

dargestellt wird unser Ansatz [hier](#). Er erlaubt es, den unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen zu erwartenden THG-Ausstoß mit den politisch gesetzten Minderungszielen zu vergleichen, die für Deutschland bis 2030 eine Einsparung von 65 % gegenüber dem Niveau von 1990 verlangen (siehe Grafik 3). Dies schärft das Bewusstsein für den Trade-off zwischen mehr Gütern und Einkommen einerseits und der Beanspruchung zentraler Naturressourcen andererseits. Wir versehen das BIP sozusagen mit einem ökologischen Preisschild, das anzeigt, wieviel uns als Gesellschaft das erwartete Wachstum in Form klimaschädlicher THG-Emissionen voraussichtlich kosten wird.

Ausgehend von unserer neuen Konjunkturprognose sagt das Ökologische Preisschild voraus, dass der Ausstoß im laufenden und im kommenden Jahr sinken wird, jedoch weniger als angestrebt. So wird der THG-Ausstoß Deutschlands im Jahr 2023 voraussichtlich um rund 37 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente oder knapp 6 % und 2024 um rund 41 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente oder fast 7 % höher sein, als es der politische Zielpfad für die Einsparungen vorgibt (siehe Tabelle 1). Der vorhergesagte jährliche Mehrausstoß entspricht den Gesamtemissionen der Slowakei im Jahr 2020 (37 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente) beziehungsweise übertrifft diese sogar etwas.

**Tabelle 1: THG-Ausstoß und politischer Zielpfad**

Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente

	2021	2022	2023	2024
Ist/Prognose	759	725	689	662
Zielpfad	714	683	652	621
Abweichung Ist/Prognose vom Zielpfad				
Absolut	45	42	37	41
Prozent	6,3	6,1	5,7	6,7

Quelle: Destatis, Eurostat, KfW Research

Auch für das Jahr 2022, für das das Umweltbundesamt erst Mitte März vorläufige Zahlen zum Treibhausgasausstoß vorlegen wird, ist mit einer deutlichen Überschreitung des Zielpfades zu rechnen. Laut einer im Februar 2023 veröffentlichten Prognose von Agora Energiewende sind für 2022 Treibhausgasemissionen „auf Vorjahresniveau“ zu erwarten.<sup>6</sup> Dies wäre nochmals erheblich mehr als von unserem Ansatz impliziert.

Vor dem Hintergrund des russischen Überfalls auf die Ukraine und des dadurch ausgelösten teilweisen Ersatzes von Erdgas durch emissionsintensivere Energieträger wie Erdöl und Kohle ist es durchaus plausibel, dass unser Ansatz den THG-Ausstoß im vergangenen Jahr ex post gesehen unterschätzt hat. Denn der Ausbruch des Ukraine-Krieges ist ein typischer exogener Schock, der bei unserem auf der Extrapolation von Vergangenheitserfahrungen aufbauenden Ansatz naturgemäß außen vor bleibt.

Wie jede Prognose ist auch das Ökologische Preisschild für das BIP mit Prognoserisiken verbunden. Unter Bezugnahme auf das in der Grafik 3 dargestellte 90%-Prognoseintervall, das aus den historischen Prognosefehlern unseres Ansatzes abgeleitet ist, erscheint die Aussage einer Verfehlung der Einsparziele im Prognosezeitraum empirisch gut abgesichert.

### Deutschland: Quasi-Stagnation 2023, 1 % Wachstum 2024

Wegen des schwachen Jahresstarts – und der zunächst eher verhaltenen Erholung ab der zweiten Jahreshälfte – ist auch für das Gesamtjahr 2023 mit einer geringfügigen Schrumpfung des BIP um 0,3 % zu rechnen.<sup>7</sup> Gleichwohl bedeutet das eine spürbare Aufwärtsrevision um 0,7 Prozentpunkte gegenüber unserer Herbstprognose aus dem November 2022 (-1,0 %). Damals waren wir bei grundsätzlich vergleichbarem Profil der Quartalswachstumsraten von einem deutlich größeren Einbruch im Winterhalbjahr 2022/2023 ausgegangen, insbesondere weil seinerzeit eine Gasmangellage und anhaltend extrem hohe Energiepreise noch Teil des Risikoraums waren und der dadurch befeuerte überbordende Pessimismus vor allem die Investitionen, aber auch den Konsum zu lähmen drohte. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass 2023 rund 2 Arbeitstage weniger zur Verfügung stehen als 2022 und allein diese Fluktuation der Arbeitstagezahl 0,2 Prozentpunkte Wachstum kostet, entspricht unsere neue Prognose materiell einer Stagnation im laufenden Jahr. Für das kommende Jahr 2024 gehen wir davon aus, dass die deutsche Wirtschaft um 1,0 % wachsen wird (Erstprognose).

### Klimapolitischer Handlungsdruck weiter hoch

Der klimapolitische Handlungsdruck bleibt hoch. Nach unserem mit der Herbstprognose 2022 neu eingeführten Indikator, dem Ökologischen Preisschild für das BIP, impliziert unsere aktuelle Konjunkturprognose, dass der Ausstoß von Treibhausgasen im laufenden und dem kommenden Jahr um 6 beziehungsweise 5 % höher sein wird, als es dem interpolierten Zielpfad einer Einsparung von 65 % bis 2030 gegenüber dem Niveau von 1990 entspricht (siehe Box).

### Höhepunkt bei der Inflationsrate überschritten

Die monatliche Inflationsrate dürfte ihren Höhepunkt im vergangenen Herbst – das Plus von 11,6 % im Oktober 2022 – überschritten haben, die Preisbremsen für Strom, Fernwärme und Erdgas greifen und auch die Marktpreise für Energie sind seitdem deutlich zurückgegangen. Gemessen an der Vorjahresveränderung des EU-weit vergleichbaren Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) sank die Inflation von 9,6 % im Dezember 2022 auf 9,2 % im Januar 2023. Gleichwohl ist es für eine Entwarnung deutlich zu früh, denn die Inflation ist gemessen an der geldpolitischen Zielmarke von 2 % noch immer sehr hoch und zudem in der Breite der Wirtschaft angekommen; Dienstleistungspreise gewinnen in diesem Jahr an Bedeutung. Der fundamentale, lohn- und geldpolitisch relevante Preisdruck spiegelt sich derzeit vor allem in der Inflationsrate ohne Energie und Lebensmittel, also der Kerninflation wider. Die monatlich gemeldete Gesamtinflationsrate wird im Verlauf von 2023 sinken, da Basiseffekte aus dem Vorjahr die Beiträge der Energie- und Lebensmittelpreisinflations verringern und darüber hinaus die Energiepreisbremsen den Anstieg dämpfen. Der Rückgang wird aber zunächst nur graduell sein, denn die Preisschübe bei Gütern am Anfang der Wertschöpfungskette wie insbesondere Energie werden weiter auf die nachgelagerten Produktionsstufen übergreifen und wenigstens teilweise die kommenden Lohnabschlüsse prägen. Die angesichts der vielfachen Fachkräfteengpässe dann wohl stärker anziehenden Löhne und Dienstleistungspreise werden den Druck auf die Kerninflation hochhalten. Mittelfristig dürfte die geldpolitische Straffung der Europäischen Zentralbank aber auch dämpfend auf die Kerninflation wirken. Für das Gesamtjahr 2023

erwarten wir, dass die Verbraucherpreise um 5,8 % steigen, 2024 dann nur noch um 2,1 %.

### Eurozone wächst 2023 um 0,5 % und 2024 um 1,2 %

Die inflationsbedingten Kaufkraftverluste und der energiepreisbedingte Kostendruck in den Unternehmen sind in allen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion deutlich spürbar, weswegen in der Eurozone insgesamt im Grunde dieselben Konjunkturkräfte wirken wie in Deutschland. Allerdings haben insbesondere die großen Länder Frankreich, Italien und Spanien im Verlauf des vergangenen Jahres mehr konjunkturellen Schwung aufgebaut als Deutschland, unter anderem, weil sie von einer kräftigen Erholung im Sommertourismus profitierten und weniger dem im Verarbeitenden Gewerbe wehenden Gegenwind ausgesetzt waren.

Tabelle 2: Preisbereinigtes BIP-Wachstum in der Eurozone

Prozent gegenüber Vorjahr

	DE	FR	IT	ES	EZ
2021	2,6	6,8	6,7	5,5	5,3
2022	1,8	2,6	3,9	5,5	3,5
2023	-0,3	0,4	0,4	1,1	0,5
2024	1,0	0,9	0,8	1,9	1,2

Quelle: Destatis, Eurostat, KfW Research

Dieser höhere Schwung schlägt sich als statistischer Überhang auch positiv in der Jahreswachstumsrate dieser Länder für das laufende Jahr nieder, Deutschland bleibt 2023 klar dahinter zurück (siehe Tabelle 2). Wegen der relativ gewichtigen deutschen Exportwirtschaft macht sich hier zudem die schwache Weltkonjunktur besonders bemerkbar. Für die Eurozone insgesamt erwarten wir einen Zuwachs des BIP im Jahr 2023 um 0,5 % (Vorprognose: Stagnation). Im Jahr 2024 dürfte die Eurozone mit 1,2 % nur noch geringfügig kräftiger wachsen als Deutschland allein (Erstprognose). Bei der jahresdurchschnittlichen Inflationsrate der Eurozone rechnen wir mit 5,4 % für 2023 und mit 1,7 % für 2024, was etwas niedriger ist als in Deutschland.

### In etwa ausgeglichene Prognoserisiken

Der Russland-Ukraine-Krieg sorgt weiterhin für eine erhöhte Prognoseunsicherheit, abhängig unter anderem von der Dauer und der Intensität des Kriegs. In unserer Prognose haben wir einen sich lange hinziehenden, auf das Gebiet der Ukraine beschränkt bleibenden Abnutzungskrieg mit erheblichen Verlusten auf beiden Seiten und auf absehbare Zeit ohne klaren militärischen Sieger unterstellt – also im Kern eine Fortschreibung des Status quo. Allerdings sind auch andere Szenarien des Kriegsverlaufs denkbar, die zu abrupten und deutlichen Prognoserevisionen führen können – und zwar in beide Richtungen. So könnte ein Übergreifen der Kriegshandlungen etwa auf die Republik Moldau oder sogar das NATO-Gebiet für einen neuen Unsicherheitsschock sorgen und die wirtschaftliche Aktivität lähmen. Eine allseits akzeptierte Friedenslösung für die Ukraine würde demgegenüber die kriegsbedingten Unwägbarkeiten eliminieren, den Unternehmen mehr Vertrauen geben, den Wiederaufbau anstoßen und könnte so vor allem über den Investitions- und Exportkanal der Konjunktur neue Impulse geben. Über den Krieg hinaus sind auch einige genuin ökonomische Risiken von Belang. So könnte bei einer unerwartet

persistenten Inflation die geldpolitische Straffung in der Eurozone und weltweit stärker ausfallen als erwartet. Dies wiederum könnte – vor dem Hintergrund der notwendigen fiskalischen Konsolidierung in vielen Ländern – über schärfer anziehende internationale Finanzierungsbedingungen verstärkt zu finanziellem Stress und einer Bewertungskorrektur bei Vermögensanlagen führen, darunter Immobilien. Die deutsche Wirtschaft ist wegen ihrer starken Integration in internationale

Wertschöpfungsketten, der Bedeutung des Maschinenbaus und der Autoindustrie sowie des hohen Anteils der Exporte am BIP besonders verwundbar, sobald globale Risiken schlagend werden. Demgegenüber bietet die konstant hohe Sparquote der privaten Haushalte die Chance auf eine besser als erwartete Konjunktrentwicklung. Würde sie anders als in der Prognose angenommen deutlich sinken, könnte der Konsum 2023 sogar leicht wachsen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Borger, K. (2023), Das zarte Pflänzchen des Optimismus wächst weiter, KfW-ifo-Mittelstandsbarometer Januar 2023, KfW Research.

<sup>2</sup> Vgl. Destatis (2023), Reallöhne im Jahr 2022 um 4,1 % gegenüber 2021 gesunken, Pressemitteilung vom 7. Februar 2023.

<sup>3</sup> Anders als im Bundeshaushaltsplan zählen militärische Waffensysteme in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen konzeptionell zu den Investitionen des Staates, konkret zu dessen Investitionen in Ausrüstungen.

<sup>4</sup> Eine technische Rezession ist definiert als mindestens zwei BIP-Quartalsschrumpfungsraten in Folge.

<sup>5</sup> Vgl. Borger, K. (2022), Die BIP-Prognose und der Ausstoß von Treibhausgasen – ein integrierter Ansatz, Fokus Volkswirtschaft Nr. 400, KfW Research.

<sup>6</sup> Vgl. Agora Energiewende (2023): Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2022. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2023, Seite 11.

<sup>7</sup> Das hier ausgewiesene preisbereinigte BIP-Wachstum steht in Deutschland kommunikativ im Vordergrund. Es wird neben den fundamentalen Konjunkturtreibern allerdings auch von der jährlich schwankenden Zahl an Arbeitstagen beeinflusst. Im laufenden Jahr beträgt der Kalendereffekt -0,2 Prozentpunkte, im kommenden Jahr ist er vernachlässigbar. Das prognostizierte BIP-Wachstum entspricht folglich -0,1 % (2023) und 1,0 % (2024) in preis- und kalenderbereinigter Betrachtung.